



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zur

49. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben

Drs. 15/4210 - hier: Eingaben, zu denen Änderungsanträge vorliegen -

Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 15/4215
Änderungsantrag der Fraktion der SPD - Drs. 15/4218

133. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 16. November 2007

Christian Dürr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Schwarz hat schon gesagt, dass es unter Umständen das Beste gewesen wäre, wenn wir auch diese Petition so wie alle anderen Petitionen, die noch im Umweltausschuss liegen, mit dem Gesetz abschließend im Dezemberplenium beraten hätten. Nichtsdestotrotz ist die Entscheidung „Material“ natürlich völlig richtig, weil damit auch diese Petition als Material für die Gesetzesberatung dienen kann.

Herr Kollege Janßen, Sie haben vorhin eine durchaus richtige Bemerkung gemacht.

(Zuruf von Walter Meinhold [SPD])

Ich gehe nicht davon aus, dass es ein Versehen war. Ich will die Bemerkung noch einmal unterstreichen: Beim Thema Erdverkabelung muss das Ziel mittelfristig eine Regelung auf Bundesebene sein. Daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen. Aber wir als Land haben durch das Gutachten der Technischen Universität Dresden im Auftrag des Bundesumweltministeriums, das wir auch im Umweltausschuss behandelt haben, einen schmalen - ich betone: einen sehr schmalen - Rechtskorridor für die Möglichkeit, auf Landesebene eine eigene Regelung zu treffen, aufgezeigt bekommen.

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]: Dazu haben wir ja einen Antrag ein gebracht!)

Ich befürchte aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Grünen, dass im Wahlkampf, der zurzeit zwar langsam, aber sicherlich auch bei Ihnen anläuft, ein bisschen das Gefühl aufkommt, man müsste diesen Rechtsrahmen möglichst weit ausschöpfen und vielleicht sogar noch darüber hinausgehen. Ich befürchte - das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich -, dass Sie so weit gehen wollen, dass am Ende das, was wir auf der Landesebene machen, in die Verfassungswidrigkeit abgeleitet. Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wir als FDP-Fraktion - das gilt auch für die CDU-Fraktion - wollen ein rechtssicheres Gesetz, das am Ende auch vor den Gerichten Bestand hat, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Alles andere ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen den Korridor, der uns aufgezeigt wurde, ausnutzen. Alles, was darüber hinausgeht, ist am Ende Wahlkampfgetöse und politisches Getöse, was den Menschen vor Ort nicht hilft

(Jürgen Lanclée [SPD]: Was hat das mit der Petition zu tun? -Weitere Zurufe von der SPD)

-meine sehr verehrten Damen und Herren, das sage ich ganz deutlich, weil ich aus der Region komme -, sondern nur Augenwischerei wäre.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Quelle: Stenographischer Bericht der 133. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 29. November 2007.